



Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012 – 2016

2. Sitzung vom 24. September 2012

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30–20.55 Uhr

Leitung: Simone Abt

Anwesend: 40 Mitglieder

Abwesend:

Präsidentin:

Simone Abt

Protokoll:

Sandra Sprecher

Mitteilung der Präsidentin

Simone Abt begrüsst die Anwesenden. Sie teilt mit, dass Christian Schaub per sofort aus dem Einwohnerrat zurückgetreten ist und heute bereits sein Nachfolger, Markus Haberthür, an der Sitzung teilnimmt.

Christoph Anliker stellt den neuen Einwohnerrat kurz vor.

Neu eingereichte Vorstösse

Interpellation R. Moll, SVP: Neue Schlosstreppe	19
Anfrage Ph. Spitz, SP: Kulturfonds 2013	21
Postulat St. Glaser, parteilos: Anderer Standort für den schönen Basilisken-Brunnen	23

Mit dem Rücktritt von Ch. Schaub wurde ein Sitz in der GRPK vakant. Aus diesem Grund gibt es zwei zusätzliche Geschäfte: Die Wahl eines Mitglieds und die Wahl von zwei stellvertretenden Mitgliedern in die GRPK.

Simone Abt teilt weiter mit, dass Roy Ewald und Urs Brunner von ihrem Rücktritt aus der BPK zurückgetreten sind, also weiterhin in der Kommission bleiben möchten. Deshalb fallen die vorgesehenen Traktanden 2, 3 und 4, die Ersatzwahlen in die BPK zum Thema hatten, weg.

Der Rat ist mit der geänderten Traktandenliste einverstanden.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 27.8.2012	
2. Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016	15
3. Ersatzwahl von zwei stellvertretenden Mitgliedern in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016	22
4. Wahl von vier Mitgliedern der Sozialhilfebehörde für die Amtsperiode 1.1.2013–31.12.2016	17
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.5.2012: Tonprotokoll Geschäftskreisführung: Mike Keller	219
6. Bericht / Antrag des Einwohnerratsbüros vom 29.5.2012: Motion SP: Kommissionsreglement: Stellungnahme des ER-Büros betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Mike Keller	228
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.8.2012: Interpellation B. Büschlen, Grüne/EVP: Verkehrsmessungen Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	234
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.8.2012: Motion Ch. Anliker, SVP: Steuersenkung jetzt!: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Mike Keller	255
9. Bericht / Antrag des Einwohnerratsbüros vom 24.8.2012: Motion SVP: Investitionskredit von CHF 37 700 für eine Abstimmungsanlage im Einwohnerrat: Stellungnahme des ER-Büros betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Mike Keller	198
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4.9.2012: Motion SVP: Verwaltungsrechtliche Vergehen bei der Sanierung Schloss Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Mike Keller	244
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4.9.2012: Motion U.-P. Moos, SVP: Wiedereinführung Geburtstagsgeschenke für Mitarbeitende Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Mike Keller	245
12. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 27.8.2012

Mit den folgenden, von Ph. Spitz beantragten Änderungen (rot), wird das Protokoll vom 27.8.2012 genehmigt und verdankt:

„Klar ist aber, dass sich die Rahmenbedingungen verändert haben (**Anstieg** der Krankenkassenprämien und **Obligatorium Krankenversicherung**. Die Kürzung von **ALV-Taggeldern** und **IV-Renten** schlägt auf das schwächste Glied, auf die Gemeinden zurück.“ (S. 6)

„Sollen z.B. bei grösseren Familien Autos **doch** erlaubt sein?“ (S. 6)

Traktandum 2

Nr. 15

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

Christoph Anliker: Die SVP-Fraktion schlägt Jürg Blaser, der bereits Ersatzmitglied der GRPK ist, vor.

ABSTIMMUNG

Stille Wahl

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Jürg Blaser, SVP, in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 3

Nr. 22

Ersatzwahl von zwei stellvertretenden Mitgliedern in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

Die CVP/GLP schlägt Patrizia Scaioli und die SVP Susanna Keller als Ersatzmitglied vor.

ABSTIMMUNG

Stille Wahl

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode werden Susanna Keller, SVP, und Patrizia Scaioli, CVP/GLP, als Ersatzmitglieder in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Wahl von vier Mitgliedern der Sozialhilfebehörde
für die Amtsperiode 1.1.2013–31.12.2016

Die vier Bisherigen werden zur Wiederwahl vorgeschlagen.

ABSTIMMUNG

Absolutes Mehr: 21

BESCHLUSS

://: In die Sozialhilfebehörde gewählt sind:

Therese Cantaluppi, CVP, bisher, 40 Stimmen

Claudia Fünfschilling Pedretta, FDP, bisher, 40 Stimmen

Susanna Keller, SVP, bisher, 38 Stimmen

Sandra Kisimbi, SP, bisher, 39 Stimmen

Tonprotokoll**EINTRETEN**

Pascal Treuthardt, FDP: Seine Fraktion fand das Tonprotokoll nicht besser als das schriftliche Protokoll, weil das schriftliche immer noch die Möglichkeit bietet, einen Text zu überfliegen. Querlesen wird das genannt. Leider ist der Mensch noch nicht fähig querzuhören und da das Tonprotokoll auch keine Kosten spart, verzichtet die FDP auf dessen Einführung.

Roy Ewald: Die SVP-Fraktion erachtet das Tonprotokoll als eine wichtige Angelegenheit. Vor allem, wenn nachträglich Fragen über das gesprochene Wort auftauchen. In diesem Fall kann rasch das Tonprotokoll abgehört werden und eine Nachfrage in der Verwaltung erübrigt sich. Die kleine Anzahl von Rückmeldungen können nicht als Indiz für den Gebrauch des Tonprotokolls gewertet werden. Eine Umfrage im Rat hätte bestimmt ein besseres Ergebnis gezeigt. Sie SVP-Fraktion ist für das Tonprotokoll.

Susanne Tribolet, SP: Trotz triftiger Gründe, die der Vorredner teilweise bereits erwähnt hat, ist die Fraktion dagegen, das Tonprotokoll einzuführen. Man ist mit dem Status quo zufrieden.

Grüne/EVP: Beatrice Büschlen: Man hat sich das Tonprotokoll angehört und festgestellt, dass man gut hört. Man hat aber auch festgestellt, dass querlesen effizienter ist und ist froh um die Erkenntnis, dass

nicht alles, was neu und elektronisch ist, auch automatisch besser ist. Die Grüne/EVP unterstützt den Antrag des Gemeinderats und lehnt die Einführung ab.

Thomas Hafner: Die CVP/GLP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Sie ist der Meinung, dass die Tonqualität nicht gut ist.

ABSTIMMUNG Antrag Gemeinderat

Ja: 32

Nein: 8

BESCHLUSS

://: Auf die Einführung eines Tonprotokolls wird verzichtet.

Traktandum 6

Nr. 228

Motion SP: Kommissionsreglement: Stellungnahme des ER-Büros betreffend Überweisung

Gaida Löhr, SP: Es erstaunt sie, dass das Büro einen Gegensatz sieht zwischen der Reglementierung und der Beschränkung der parlamentarischen Rechte. Sie glaubt nicht, dass Rechtssicherheit Einschränkung bedeutet und Rechtsunsicherheit Freiheit ist. In den letzten Jahren herrschte in den Kommissionen immer wieder Unsicherheit in gewissen Fragen und die SP war der Meinung, es wäre hilfreich, diese zu regeln. Die Motion ist relativ offen formuliert, damit der Rat die Möglichkeit hat, zu sagen, wie er es geregelt haben möchte. Es geht also nicht um eine Fremdbestimmung. Fragen wie: Wollen wir, dass Kommissionen Geld ausgeben dürfen, um Fachkräfte einzuladen? Wollen wir, dass Kommissionen ein Recht haben, Informationen weiterzugeben oder einzuholen? Und falls ja, wie? Dies waren Fragen, die in den letzten zwei Jahren strittig waren. Wenn etwas nicht strittig ist, braucht es kein zusätzliches Reglement. Wenn Fragen strittig sind und die Räte behindern, braucht es nach Meinung von Gaida Löhr Regeln. Sie weist darauf hin, dass es um den Ausbau der Geschäftsordnung geht.

Obwohl sie kein besonderer Reglemente-Fan ist, hat sie gleich zwei Motionen eingereicht, in denen es darum geht. Sie wäre offen dafür, dass beide Anliegen in einer Kommission beraten werden könnten.

Susanna Keller: Die SVP-Fraktion ist gegen die Überweisung der Motion. Sie erachtet eine Reglementierung als unnötig und sieht darin eine Beschränkung der parlamentarischen Tätigkeiten. Ausserdem ist offenbar auch der Kanton dabei, ein entsprechendes Reglement zu überprüfen, das zuerst abgewartet werden soll.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Auch ihre Fraktion will keine Einschränkung der parlamentarischen Arbeit und lehnt die Überweisung der Motion ab. Kreditanträge sollen öfter dem Einwohnerrat zur Bewilligung vorgelegt werden. Es sollen aber Ausnahmen möglich sein, wenn sie genügend diskutiert, begründet und vorsichtig dosiert werden. Vor allem die GRPK braucht als oberstes, kontrollierendes Organ gewisse Freiheiten. Die Grüne/EVP erachtet die bisherige Regelung als genügend. Rahel Bänziger weist Gaida Löhr darauf hin, dass der Gemeinderat nicht zwingend bei den Kommissionssitzungen anwesend sein muss, sondern eingeladen werden *kann*.

CVP/GLP: Eduard Rietmann: Man findet es richtig, dass über die Punkte 1–5 der Motion diskutiert wird und doch erachtet man die Motion als unnötig. Die von Gaida Löhr gestellten Fragen sind grösstenteils geregelt. Es muss nicht im Einwohnerratsreglement, sondern kann auch im Gemeindegesetz stehen.

Dort gibt es ganz klare Formulierungen. Das Gemeindegesetz steht über dem Einwohnerratsreglement und man ist der Meinung, dass man sich daran halten soll. Die Fraktion schliesst sich der Meinung des Büros an und ist gegen die Überweisung. Man steht am Anfang einer Legislatur und es werden einige Sachen zu lösen sein in den nächsten vier Jahren. Unter anderem wird der „Nicht-Verschulden-Artikel“ anstehen und im Zusammenhang damit werden eventuell Reglemente geändert werden müssen. Wenn man dort einen Bedarf sieht, ist man gerne bereit, doch im Moment setzt man die Ressourcen an einem anderen Punkt ein.

Bettina Rumpf Maier: Auch die Fraktion der FDP schliesst sich der Meinung des Büros an und wird die Motion aus den bereits von den Vorrednern genannten Gründen nicht überweisen.

ABSTIMMUNG Antrag Einwohnerratsbüro

Ja: 29

Nein: 10

Enthaltung: 1

BESCHLUSS

://: Die Motion Kommissionsreglement wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Nr. 234

Interpellation B. Büschlen, Grüne/EVP: Verkehrsmessungen

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Wenn man die Einleitung der Interpellation liest, entsteht der Eindruck, dass der Gemeinderat in der März-Sitzung 2010 vom Einwohnerrat einen Auftrag erhalten hat. Dem ist aber nicht so, der Gemeinderat schuldet dem ER keinen Bericht.

Da Binningen ein Flaschenhals zum Leimental und zu Basel-Stadt ist, besteht ein hohes Verkehrsaufkommen. Insofern haben Verkehrsmessungen eine wichtige Bedeutung für die Gemeinde. Binningen hat vom Kanton zwei permanente, intelligente Messstationen. Intelligent insofern, als die Sensoren zwischen LKWs, PWs und anderen Verkehrsteilnehmern unterscheiden können. Die beiden Standorte befinden sich an der Basler- und der Oberwilerstrasse. Zwei zusätzliche Messstationen, mit denen alle fünf Jahre gemessen wird, sind an der Hauptstrasse und an der Bottmingerstrasse. Ausserdem hat Binningen eine der erst drei Velomessstationen des Kantons. Dieses Gesamtpaket ergibt eine recht gute Basis an Zahlenmaterial. Diese Zählungen können auf der Website des Kantons abgerufen werden.

Übersicht: <http://www.baselland.ch/main-stat-htm.273939.0.html>

Permanent: http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/bud/verkehr/statistik/perm-Zst_VZ-Jahr2012.pdf

Temporär: http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/bud/verkehr/statistik/temp-Zst_VZ-Jahr2010.pdf

Frage 1: Wird der Gemeinderat den verlangten Bericht noch nachliefern?

U.-P. M: Wie bereits erwähnt, erhielt der Gemeinderat keinen Auftrag. Im Leistungsbericht der Rechnung sind die Verkehrserhebungen jeweils unter dem Produkt 8.03 Gemeindeverkehr abgebildet. Auch in der Rechnung 2011, die in der Juni-Sitzung im ER behandelt wurde, sind diese Zahlen aufgeführt. Insofern gab es eine Überschneidung mit der Interpellation. Selbstverständlich können die Zahlen auch durch's Jahr beim zuständigen Gemeinderat nachgefragt werden.

Frage 2: Sind im 2011 Verkehrsmessungen durchgeführt worden, welche noch nicht veröffentlicht wurden?

U.-P. M: Die Messungen wurden im Oktober 2011 durchgeführt, nachdem die Bauarbeiten im Bereich Neuweilerplatz beendet waren.

Frage 3: Sind im 2012 Verkehrszählungen geplant? Wenn ja, wo?

U.-P. M: Auch im 2012 finden im Bereich Neubadrain – sinnvollerweise immer an derselben Stelle – Verkehrszählungen statt. Zum Verkehrsaufkommen Neubadrain/Paradiesstrasse ist zu sagen, dass sich das Verkehrsaufkommen seit 2001 um 30 % vermindert hat (2001: 9730, 2009: 7000, 2011: 6715 Autos werktags). Grund dafür ist vor allem der Dorenbachkreisel, der ermöglicht, links Richtung Flughafen abzubiegen.

Frage 4: Werden die steuerbaren Ziele im nächsten Leistungsauftrag an die aktuellen Zahlen angepasst?

U.-P. M: Der Einwohnerrat definiert die Ziele. Der Voranschlag wie auch der Leistungsauftrag befinden sich zurzeit in der GRPK.

Frage 5: Wie handhabt der Gemeinderat die Intervalle für zukünftige Verkehrszählungen auf Gemeindestrassen?

U.-P. M: Auf den Hauptsammelstrassen auf Gemeindegebiet (Benkenstrasse, Bruderholzrain, Neubadrain) werden die Messungen nach Möglichkeit jährlich durchgeführt. Wenn auf betroffenen Strassen oder im näheren Umfeld Baustellen bestehen, wird auf die Erhebung verzichtet.

Im Hinblick auf den geplanten Gundeli-Tunnel und im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan Leimental-Birseck-Allschwil (ELBA) wird der Gemeinderat zusätzliche Zählungen prüfen.

Frage 6: Wie handhabt der Gemeinderat die Intervalle für zukünftige Verkehrszählungen auf Kantonsstrassen welche durch Gemeindegebiet führen? Bzw. wird der Gemeinderat beim Kanton vorstellig werden um die Zahlung jährlich durchführen zu lassen?

U.-P. M: Wegen des Gundelitunnels und ELBA wird die Gemeinde beim Kanton einen Antrag auf zusätzliche Messungen an den Standorten, die bisher nur alle fünf Jahre zum Einsatz kommen, stellen.

BESCHLUSS

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktandum 8

Nr. 255

Motion Ch. Anliker, SVP: Steuersenkung jetzt!: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

Christoph Anliker, SVP: Dank Steuermehreinnahmen hat Binningens Rechnung in den letzten Jahren immer besser abgeschlossen als budgetiert. Im 2009 betrug der Ertrag CHF 72 bis 73 Millionen, mittlerweile sind es 80. Zu den Bedenken betreffend zukünftiger, kostspieliger Projekte ist zu sagen, dass die Schulraumplanung und das Garderobengebäude Sportplatz Spiegelfeld vorfinanziert sind und in der Pensionskasse auch schon Geld zurückgelegt wurde. Im Voranschlag kann bereits entnommen werden, dass die Gemeinde wieder mit Mehreinnahmen von CHF 3 Mio. rechnet. Es ist also nicht verfrüht, eine Steuersenkung vorzunehmen. Mit HRM2 werden weitere Steuermillionen freigelegt durch das Eigenkapital, das bis jetzt als Stille Reserve in der Bilanz schlummert. Christoph Anliker rechnet nicht damit, dass seine Motion durchkommt, macht aber darauf aufmerksam, dass im Dezember nochmals ein solcher Antrag kommen wird. Er regt an, in der GRPK darüber zu diskutieren, dass das Steuerrechnungsmodell dem Voranschlag angehängt wird.

Silvia Bräutigam, CVP/GLP: Anlässlich des Budgetprozesses wird in der GRPK alljährlich über den Steuerfuss diskutiert und wenn nötig wird dem Einwohnerrat eine Erhöhung oder Senkung vorgeschlagen. Aus diesem Grund stimmt die CVP/GLP-Fraktion der Motion nicht zu.

Severin Brenneisen: Auch die SP-Fraktion ist der Meinung, dass es nicht der richtige Zeitpunkt ist, um über Steuersenkungen zu sprechen, da man noch nicht genau weiss, wie das Budget und der Finanzplan aussehen. Abgesehen davon, dass in Zukunft grosse Investitionen anstehen, erachtet es die SP als verfehlt, immer wieder mit dem Steuerfuss Gemeindepolitik zu machen. Man ist der Meinung, dass es sinnvoll und richtig ist, dass der Steuerfuss eine Grösse ist, die man kennt, mit der man rechnen kann und die nicht ständig nach oben oder unten korrigiert wird.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Wie Christoph Anliker selber schon erwähnt hat, kann man über dieses Thema gerne in der Budgetdebatte oder in der GRPK diskutieren. Auch die Grüne/EVP ist für eine langfristige Steuerpolitik und findet es verfehlt, jetzt kurzfristig „aus der Hüfte zu schiessen“. Auch sie ist gegen die Überweisung der Motion.

Markus Ziegler: Obwohl für die FDP diese Motion ein sympathisches Anliegen ist, schliesst sie sich den Vorredner/innen an. Die Budgetdiskussion in der GRPK beginnt gerade jetzt und die diversen Anliegen von Christoph Anliker können dort bestimmt aufgenommen werden. Auch über Eventualplanungen muss diskutiert werden. Wenn es sich um eine nachhaltige Massnahme handelte, war die FDP in der Vergangenheit bereit, sich für Steuersenkungen einzusetzen – so auch bei der letzten. Doch man möchte einen langfristig planbaren, dauerhaft tiefen Steuersatz und keine Hau-Ruck-Übung.

ABSTIMMUNG Antrag Gemeinderat

Ja: 31

Nein: 9

://: Die Motion „Steuersenkung jetzt!“ wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Nr. 198

Motion SVP: Investitionskredit von CHF 37 700 für eine Abstimmungsanlage im Einwohnerrat: Stellungnahme des ER-Büros betreffend Überweisung

CVP/GLP: Alexander Huber fragt, ob das Geschäft eine Motion oder ein Postulat ist. (Tatsächlich wurde die Motion am 16.1.2012 in ein Postulat umgewandelt.)

Grundsätzlich ist seine Fraktion für die Anschaffung einer Abstimmungsanlage, mit der sich Binningen einen modernen Touch gibt. Sie würde die Transparenz vor allem gegenüber der Bevölkerung erhöhen, da das Abstimmungsverhalten der einzelnen Einwohnerräte klar ersichtlich wäre und die Resultate ins Internet gestellt werden könnten. Der CVP/GLP ist nicht klar, ob mit der Anlage auch Wahlen durchgeführt werden können. Falls ja, würde sich die Investition in fünf bis zehn Jahren bestimmt gelohnt haben.

Gemeinderat Mike Keller: Es können keine Wahlen durchgeführt werden.

Beatrice Büschlen: Die Grüne/EVP vermisst in der Vorlage Angaben über die Kosten der Mitarbeiterschulung. Ausserdem bezweifelt sie, dass das System ohne updates auskommen kann. Weiter fehle die Garantiezeit für die Abstimmungsgeräte und man erachtet einen Arbeitsaufwand von 60 Stunden zum Einrichten des Systems als sehr viel. Obwohl es zweifellos ein gutes Produkt ist und mit einer Nachbearbeitung der Offerte eine bezahlbare Abstimmungsanlage angeschafft werden könnte, hat die Grüne/EVP kein Herzblut dafür. Auch hier gilt, dass nicht alles, was neu und elektronisch ist, auch automatisch besser und günstiger ist. Ausser, dass das Abstimmungsergebnis (vorausgesetzt die Knöpfe werden richtig gedrückt) sofort ersichtlich ist, sieht man keinen Mehrwert. Die rund CHF 40 000 würden besser in einen neuen Flügel oder zusätzliche Räumlichkeiten für die Musikschule investiert.

Um die Fehlerquellen beim traditionellen Auszählen zu minimieren, schlägt Beatrice Büschlen farbige Karten vor – grün und rot, zum Beispiel. Sie wären von oben besser sichtbar als die grauen Blöcke und mit etwas mehr Disziplin beim Aufstrecken wäre auch schon einiges geholfen.

Die Grüne/EVP wird das Postulat nicht überweisen.

SVP: Roy Ewald bedankt sich für die Abklärungen und ist der Meinung, dass mit der vorgeschlagenen Lösung alle Anforderungen erfüllt werden. Wenn es künftig keine unklaren Abstimmungsergebnisse mehr gibt und somit mehrfache Abstimmungen wegfallen, ist die Investition auch rasch amortisiert. Zwar fehlt der folkloristische Aspekt des Handerhebens, doch die Abstimmungen werden effizienter und transparenter. Nicht zu vergessen ist der Nebeneffekt, dass die Stimmzählenden wieder bei ihrer Fraktion sitzen und sich auf ihre Voten konzentrieren können. Die SVP ist für die Anschaffung der Abstimmungsanlage.

Pascal Andres, SP: Vieles ist bereits gesagt, vor allem Beatrice Büschlen hat wichtige Punkte angesprochen. Auch die SP ist der Meinung, dass eine Abstimmungsanlage eine gewisse Professionalisierung des Ratsbetriebs mit sich bringen würde. Bei Handauszählungen kann es tatsächlich zu Fehlern kommen, doch darf man nicht vergessen, dass auch elektronische Abstimmungen nicht problemfrei sind – die Probleme sind einfach andere. Der Mehrwert der Effizienz und des Abstimmungsprotokolls sind in Anbetracht der stattlichen Investitionskosten nicht überwältigend, zumal der Binninger Einwohnerrat sich von der Grösse, der Sitzungskadenz und der Geschäftskomplexität her von Parlamenten mit Abstim-

mungsanlage unterscheidet. Hinzu kommt, dass die Gemeinde in den vergangenen Jahren viele Sparanstrengungen unternommen hat. Aus den genannten Überlegungen spricht sich die Fraktion grossmehrheitlich gegen diese Investition aus.

Abschliessend lobt Pascal Andres die Arbeit der Stimmenzählenden.

Daniel Zimmermann: Die FDP hat sich beim Sichten der Unterlagen gefragt, ob dies die wichtigen Probleme dieser Gemeinde sind....Im Privatbereich würde niemand etwas, das funktioniert durch etwas Kostspieliges ersetzen. Die Fraktion ist der Meinung, dass diese Ausgaben keine Verbesserung bringen und keinen Einfluss auf die politische Meinungsbildung haben. Für einen kommunalen Rat ist eine derartige Anlage nicht nötig. Er ist von der Grösse her überblickbar, die Stimmenzählenden machen ihre Arbeit sehr gut und sorgen für eine lebhaftere Versammlung. Ausserdem können technische Pannen passieren und der zeitliche Aufwand des Abwärts für die Bereitstellung der Anlage erachtet man als unnötig. Die FDP-Fraktion ist gegen die Anschaffung der Abstimmungsanlage.

Gemeinderat Mike Keller: Er hat sich sagen lassen, dass der Installationsaufwand tatsächlich sehr hoch ist. Er ist nötig, weil es sich um elektronischen Datentransfer, Wellen etc. handelt und das Ganze akkurat ausgetestet werden muss.

Auf den Abstimmungsgeräten ist eine Garantie von 24 Monaten.

Der Gemeinderat hat die Idee der Grünen/EVP umgesetzt und je eine rote, grüne und gelbe Abstimmungskarte anfertigen lassen, die Mike Keller in die Runde zeigt. Damit würde den Stimmenzählenden die Arbeit bestimmt erleichtert, meint er – und ausserdem sei diese Lösung kostenneutral.

SVP, Roy Ewald weist nochmals darauf hin, dass es schon Abstimmungen gab, die zwei-, dreimal wiederholt werden mussten und die danach ein anderes Resultat ergaben als am Anfang. Für ihn sind ein nachvollziehbares Resultat und die Möglichkeit, zu sehen, wer was abgestimmt hat, sehr wichtig.

ABSTIMMUNG

Ja: 32

Nein: 8

BESCHLUSS

://: Auf die Anschaffung einer Abstimmungsanlage wird verzichtet.

CVP/GLP: Thomas Hafner fügt an, dass die Fraktion ihre Meinung während der Debatte geändert hat. Die Leute haben realisiert, dass anfangs ein grosser Aufwand nötig ist und sind der Meinung, dass etwas, das zu Beginn aufwändig ist, später im Gebrauch auch aufwändig sein wird. Es ist also nicht so, dass man falsch abgestimmt hat.

Motion SVP: Verwaltungsrechtliche Vergehen bei der Sanierung Schloss Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

Roy Ewald, SVP: Ein neu gebildeter Gemeinderat ist kein Grund, ein Geschäft unter den Tisch zu kehren. Im Zusammenhang mit der Schlossabrechnung wurden (zu) viele Fehler gemacht. Im Bericht des Gemeinderats heisst es, dass bereits umfassende Massnahmen eingeleitet wurden, damit derartiges nicht nochmals passiert. Die meisten Ratsmitglieder wissen aber nicht, welche Massnahmen genau ergriffen wurden. Die SVP-Fraktion möchte wissen, wie künftig ein Projekt begleitet und überprüft wird. Welche kritischen Punkte wurden formuliert und was geschieht, wenn sie überschritten werden? Wenn diese Fragen schlüssig beantwortet werden können, kann die SVP auf die Überweisung der Motion verzichten.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Zu der Geschichte gibt es bereits einen GRPK-Bericht. Auch ihre Fraktion findet es störend, dass die Massnahmen nicht kommuniziert wurden. Tatsache ist jedoch, dass die Staatsanwaltschaft nicht auf die Strafanzeigen eingetreten ist und man denkt, es ist nun an der Zeit, in die Zukunft zu blicken. In der Spezko Abrechnung Schlosspark werden gewisse Dinge nochmals angeschaut und bei Vorliegen des Berichts kann dann diskutiert werden, falls darin noch Sachen zum Vorschein kämen. Über den Schlossumbau möchte man sich nicht mehr äussern und lehnt die Überweisung der Motion ab.

Sven Inäbnit: Auch die FDP wird die Überweisung nicht unterstützen. Gründe sind die noch bestehende Spezko Schlossabrechnung, der Legislaturwechsel, das Nichteintreten der Staatsanwaltschaft auf die Strafanzeigen. Kurz, man sieht keinen Nutzen in dieser Motion. Sie würde nichts bringen, ausser Kosten.

Katrin Bartels,: Die CVP/GLP schliesst sich den Argumenten der Vorrednerin und des Vorredners an und ist auch gegen eine Überweisung.

SP, Severin Brenneisen: Das Thema wurde eingehend und tiefgründig in der GRPK behandelt. Er ist überzeugt, dass die Verwaltung ihre Lehren aus der Causa Schlosssanierung gezogen hat. Die SP ist auch der Meinung, dass es nichts bringt, noch mehr Geld und Energie in weitere Untersuchungen zu stecken.

Gemeinderat Mike Keller informiert, dass man im Rahmen der GRPK die Massnahmen kommuniziert hat. Insbesondere wurde ein umfangreiches Paket eingeführt, um künftig zu verhindern, dass man erst bei der Abrechnung sieht, ob die Kosten eingehalten wurden. Es ist dem Gemeinderat ein Anliegen, dass die Einwohnerräte die entsprechenden Dokumente einsehen können und er wird dafür besorgt sein, dass sie dem Rat per Mail zugestellt werden.

Es wurden mehrere zusätzliche Kontrollinstrumente geschaffen; unter anderem wird der Gemeinderat künftig in der Jahresrechnung eine Prognosezahl zu den Projekten nennen. Das bedeutet, dass man in der Jahresfrist einmal berichtet, wo man steht. Ausserdem wird man bei grossen Projekten nur noch mit entsprechendem Kostenmanagement arbeiten. Dies geschieht bereits beim APH Schlossacker, wo ein Team die Kosten überwacht, quasi das Q-Management darstellt.

ABSTIMMUNG

Nein: 32

Ja: 8

BESCHLUSS

://: Die Motion „Verwaltungsrechtliche Vergehen bei der Sanierung Schloss Binningen“ wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Motion U.-P. Moos, SVP: Wiedereinführung Geburtstagsgeschenke für Mitarbeitende: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

Gabriela Vetsch: Die SP ist für die Überweisung der Motion an den Gemeinderat und damit für die Wiedereinführung von Geburtstagsgeschenken für das Personal. Man hätte gerne auch andere KAP-Massnahmen zu Gunsten des Personals wieder rückgängig gemacht, doch die stehen nicht zur Debatte. Da eine allgemeine Anerkennung der täglichen Arbeit wichtig ist, ist dieser Vorschlag vernünftig. Der Gemeinderat hat ja neu eine Anerkennung bei Sonderleistungen eingeführt. Das ist sicher gut und soll auch beibehalten werden, doch findet man die Anerkennung für das, was jeden Tag geleistet wird, angebracht und mit CHF 4000 sind die Kosten wirklich nicht hoch. Es ist allerdings wünschenswert, dass die Geschenke sinnvoll und brauchbar sind. Vor zwei Jahren war die SP gegen die Abschaffung der Geburtstagsgeschenke, heute ist man für deren Wiedereinführung.

Jürg Humbel, FDP, befürchtet, dass bei Zustimmung weitere Anträge zur Abschaffung von eingeführten KAP-Massnahmen folgen werden. Es ist seine persönliche Meinung, dass dem im Vornherein ein Riegel geschoben wird.

Peter Heiz, FDP: Nicht nur Jürg Humbel, sondern die ganze FDP-Fraktion ist gegen die Wiedereinführung der Geburtstagsgeschenke. Geburtstagsgeschenke gehören in den privaten Bereich und sollen nicht von der Verwaltung übernommen werden. Man ist der Meinung, dass die Gemeinde ihre Angestellten genug schätzt. Er gibt auch zu bedenken, dass weder Nacht- noch Sonntagsarbeit verrichtet werden muss, dass Spontanprämien ausbezahlt werden können und das Personal in den Genuss eines Sabbaticals kommt. Die Fraktion könnte sich allerdings vorstellen, dass man den Protokollführenden/Administrator/innen der diversen Kommissionen eine zusätzliche Wertschätzung entgegenbringt, indem man sie beispielsweise zum Einwohnerratsausflug einlädt.

Gemeinderat Mike Keller äussert sich kurz zu Gabriela Vetschs Anliegen, dass die Geschenke sinnvoll sein sollen: In den paar Jahren, in denen die Geschenke gemacht wurden, war es tatsächlich eine Herausforderung, etwas zu finden, das im Kostenrahmen liegt und das allen Beschenkten Freude macht. Die Versuche sind kläglich gescheitert, weil es unmöglich ist, dass alle das Gleiche toll finden. Wenn das Schenken zum Abspulen einer Pflicht wird, ist es auch keine Wertschätzung mehr. Der Gesamt-Gemeinderat ist der Meinung, dass es die Verwaltung gut macht, indem sie spontan Lob ausspricht und je nachdem auch eine Sonderprämie ausschüttet. Geburtstage werden innerhalb der Abteilungen von den Abteilungsleitern individuell gehandhabt.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass mit den genannten Punkten eine hohe Wertschätzung da ist und Wertschätzung auch nicht immer über Geld ausgedrückt werden soll. Es ist die Aufgabe der Vorgesetzten, die Angestellten zu motivieren und wertzuschätzen.

ABSTIMMUNG Antrag Gemeinderat

28 Ja

11 Nein

1 Enthaltung

://: Die Motion „Wiedereinführung Geburtstagsgeschenke für Mitarbeitende“ wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Diversa

Anfrage Ph. Spitz, SP: Kulturfonds 2013

21

Beantwortet durch Gemeinderat Daniel Nyffenegger:

Anfrage an den Gemeinderat (§ 27 GeschO ER) von Philippe Spitz betr. Kulturfonds 2013
In seiner letzten Sitzung der letzten Legislatur hat der Einwohnerrat am 18. Juni 2012 beschlossen, das Projekt „Binningen enlightened“ des - sein Hundertjahr Jubiläum feiernden - Kunstvereins Binningen mit einem Beitrag von CHF 100 000 „zu Lasten des Kulturfonds im Rahmen einer Defizitgarantie zu unterstützen“.

§ 27 des Binningen Finanzreglements bestimmt, dass der Kulturfonds u.a. gespiesen wird durch Einlagen der Gemeinde gemäss Beschlüssen des Einwohnerrates bis zu einem Fondsbetrag von max. CHF 250 000 (gemeint: pro Jahr). Für das Jahr 2013 wurde somit keine Einlage gesprochen - es erfolgte (bloss) die erwähnte Abgabe einer Zusicherung im Sinne einer Defizitgarantie über den Betrag von CHF 100 000 an das Projekt „Binningen enlightened“ des Binner Kunstvereins.

In diesem Zusammenhang und vor dem dargelegten Hintergrund stellen sich diverse Fragen.

1.) Nicht ganz klar ist zunächst die Einordnung dieses Beschlusses, da grundsätzlich der Einwohnerrat den Fonds mittels Einlagen äufnet und der Gemeinderat daraus Auszahlungen vornimmt (§ 27 Finanzreglement: „Der Gemeinderat beschliesst über die Verwendung dieser Fondsmittel bis zum Betrag von CHF 50 000 im Einzelfall und bis zu CHF 100 000 insgesamt pro Jahr. Über weitergehende Fondsentnahmen hat der Einwohnerrat zu beschliessen“). Es könnte vor diesem Hintergrund die Meinung entstehen, dass im Jahr 2013 keine (weiteren) Auszahlungen erfolgen dürfen bzw. werden. Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass der obgenannte ER-Beschluss betr. Defizitgarantie im Jahr 2013 vorzunehmende Zahlungen aus dem Fonds an Kulturschaffende und Vereine nicht hindert?

Der Gemeinderat geht von folgender Sachlage aus:

1. Der Einwohnerrat hat für 2013 in eigener Kompetenz einen Betrag von CHF 100 000 gesprochen.
2. Der Gemeinderat ist somit frei, im 2013 weitere Mittel in eigener Kompetenz gemäss oben erwähnten Limiten zu sprechen, solange entsprechende Fondsmittel vorhanden sind.

2.) Falls nein: Was bedeutet dies für Kulturschaffende und Vereine in Binningen, namentlich auch vor dem Hintergrund von Ziff. 3.5 der Richtlinien zur Vereinsunterstützung?

Der Gemeinderat hat keine Änderung in seiner Vergabep Praxis vorgenommen.

3.) In welchen Grössenordnungen wurden in den letzten Jahren Vergabungen aus dem Kulturfonds vorgenommen?

2008: 115 400
2009: 16 600
2010: 58 400

2011: 26 700

4.) Was hat die bisher unterbliebene, zuvor jährlich geleistete Einlage des ER an den Kulturfonds für das Jahr 2013 mutmasslich für Folgen? Werden Kulturschaffende und Vereine dadurch in irgendeiner Weise benachteiligt?

Der Gemeinderat geht derzeit nicht davon aus, seine Vergabep Praxis ändern zu müssen. Es gibt derzeit verschiedene Unbekannte, namentlich

- die effektive Höhe des Defizits im Projekt „Binningen enlightened“,
- die Höhe der Äufnung des Kulturfonds für 2013 im Rahmen der Rechnung 2012
- die Anzahl Gesuche im laufenden und im kommenden Jahr

2012 wurden bisher Gelder in der Höhe von CHF 44 000 (Stand 24.9.) ausbezahlt. Der Fondsstand beträgt somit CHF 56 000.

5.) Empfiehlt der Gemeinderat, auch für das Jahr 2013 eine Einlage für vorzunehmen? Was für eine Höhe wäre angemessen und ist der Beitrag im Budget 2013 vorgesehen?

Die Äufnung des Kulturfonds wird jeweils mit der Rechnung vorgenommen. Über die Höhe der Äufnung kann der Gemeinderat derzeit noch keine Angaben machen.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung und verabschiedet die Anwesenden.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am Montag, 5. November 2012, 19.30 Uhr, im Kronenmattsaal statt.